

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Nr. 22.

Halle, Dienstag den 26. Juni 1917.

1. Jahrgang.

Ministerialismus.

Vor etwa zwanzig Jahren erregte die Frage des Ministerialismus, der Beteiligung von Sozialdemokraten an einer bürgerlichen Regierung, die ganze sozialistische Welt. Die überwiegende Mehrheit stand damals auf dem Standpunkt, daß ein Sozialist überhaupt nicht in ein bürgerliches Ministerium eintreten dürfe, daß jede Teilnahme an der Regierungsgewalt unzulässig sei bis zur Übernahme der ganzen politischen Macht durch das revolutionäre Proletariat.

Aber in diesen zwanzig Jahren ist eine Weitergreifung der politischen Macht durch das Proletariat in der Weise, wie man es sich damals vorstellte, nicht eingetreten, und das Problem des Ministerialismus wurde daher in verschiedenen Ländern immer drängender. Ueberall, wo das parlamentarische System herrscht, und wo die Sozialdemokratie einen erheblichen Teil der Parlamentskräfte, aber noch nicht die Mehrheit erlangt hatte, entstand die Frage, ob man durch Beharren in grundsätzlicher Opposition den sich künftigen Gegner der äußersten Rechten die politische Macht bis auf weiteres zuschanzen, oder ob man sich durch Annäherung an der Regierung auf einen niemals unbedenklichen Weg der Kompromisse drängen lassen sollte.

Dieses Problem ist sogar

auch den russischen Sozialisten.

nicht erspart geblieben. Es hat sich ihnen vielmehr gerade in dem Augenblick gestellt, als einmal wirklich eine Eroberung der politischen Macht durch das revolutionäre Proletariat stattgefunden hatte. Die russischen Genossen haben sich genötigt, in das bürgerliche Ministerium des Fürsten Lvov einzutreten und sogar eine Fiktion mit dem extrem imperialistischen Bourgeois-Vereiner Miljutin zusammenzuarbeiten. Auch jetzt noch den Starke Miljutins ist die russische Regierung von bürgerlichen Elementen noch nicht frei, sie trägt vielmehr den Charakter eines Koalitionsministeriums.

Man spricht davon, daß in der nächsten Zeit die bürgerlichen Mitglieder aus der russischen Regierung ausscheiden werden, und daß ein rein sozialistisches Ministerium gebildet werden soll. Ob dies möglich sein wird oder nicht, wird von den gegebenen Verhältnissen abhängen, die zu beurteilen die Russen allein zuständig sind.

Eine solche nachträgliche Reinigung des Kabinetts hätte aber mit dem grundsätzlichen Problem des Ministerialismus nichts mehr zu tun, das durch das bisherige Verhalten der russischen Sozialisten erledigt ist. Auch die Russen sind, da es die Verhältnisse ihnen zu erfordern scheinen, nicht davon zurückgefordert, zusammen mit Vertretern bürgerlicher Parteien in der Regierung zu sitzen.

Dieser Tage ist, wie schon erwähnt wurde, das Problem in anderer Form

in Oesterreich aktuell

geworden. Der gekürzte Ministerpräsident Graf Clam-Martinic, von der slavischen Opposition umstellt, auf der Suche nach einem rettenden Ausweg, hat sich an die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs gewendet und um die Entsendung des Genossen Dr. Karl Renner in das zu rekonstruierende Kabinetts erwidert. Die Ablehnung dieses Eruchens durch die sozialdemokratische Partei war — wenn bürgerliche Blätter, denen wir die Meldungen entnehmen, richtig unterrichtet sind — einer der Gründe dafür, daß der Versuch, das Kabinetts zu rekonstruieren, scheiterte, und daß der Ministerpräsident, Graf Clam-Martinic, endgültig seine Entlassung nahm.

Sehr unabweislich klingt allerdings, was Berliner Blätter über die Gründe der sozialdemokratischen Ablehnung zu berichten wissen. Nach dieser Quelle soll die Partei erklärt haben, daß sie grundsätzlich die Teilnahme an der Regierung eines kriegsführenden Staates ablehne, da die erste Aufgabe der Sozialdemokratie die internationale Arbeit für den Frieden sei.

Daß die Arbeit für den Frieden die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie ist, das ist selbstverständlich richtig. Darum folgt aber nicht für alle Umstände zwingend, daß der Eintritt eines Sozialdemokraten in die Regierung eines kriegsführenden Staates unzulässig sei. Es wird vielmehr immer daran ankommen, in welcher Stellung das einzelne Parteimitglied besser für den Frieden wirken kann. So sind die russischen Sozialisten in die Regierung eingetreten, gerade um für den Frieden zu wirken. Sie würden jedoch auch nicht das Fortbestehen des Außenministeriums ablehnen, das sich einmischen noch immer in der Hand eines bürgerlichen Politikers befindet. Ramsay MacDonald und Longuet würden es sich nicht zweimal überlegen, in die englische bzw.

französische Regierung einzutreten, wenn sie dort einen ausschlaggebenden Einfluß zugunsten des Friedens ausüben könnten.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs die Entsendung Renners in die Regierung abgelehnt hat, so hat sie das gewiß nur getan, weil sie der Ueberzeugung ist, daß Renner unter den gegebenen Umständen als freier Politiker besser für den Frieden arbeiten könne denn als Minister. Die Ablehnung dürfte danach mehr tatsächlichen, als grundsätzlichen Erwägungen entspringen sein.

Der Eintritt Renners in die österreichische Regierung hätte ja auch nur dann einen Sinn, wenn dem neuen Minister Gelegenheit gegeben würde, seine großzügigen Ideen von der demokratischen Völkerautonomie Oesterreichs in Wirklichkeit umzusetzen. Andernfalls würde Renners Ministerialität gar nichts anders bedeuten haben als die vorzeitige Abkantung einer überaus wertvollen Kraft und die Solidarisierung der Partei mit einer Regierungspolitik, die von vornherein zum Mißerfolg verurteilt war.

Daß in dem verbündeten Oesterreich die Sozialdemokratie zum Eintritt in die Regierung aufgefordert wurde, ist auch

für Deutschland ein nicht unwichtiges

Ereignis. Wenn die deutsche Sozialdemokratie bisher von dem Problem des Ministerialismus verschont geblieben ist, so ist das für sie selbst ein großes Glück. Aber dieses Glück erkaufte sie schließlich doch nur durch die politische Rückständigkeit ihres Vaterlandes, in dem der Gedanke an einen Sozialdemokraten als Minister den bürgerlichen Parteien immer noch als der Schrecken aller Schrecken gilt. Auch hier zeigt uns ein Vergleich mit andern Staaten, freilich nicht verbündeten, daß Preußen-Deutschland eben immer noch ein Staatswesen von ganz besonderer Art ist. Ob wir deutschen Sozialisten, wenn die Frage an uns heranträte, uns an der Bildung einer Regierung beteiligen würden, ist eine Sache für sich. Daß aber Deutschland das einzige Land der Welt ist, in dem die Berufung von Sozialisten in die Regierung noch als etwas ganz Unausdenkbares empfunden wird — können wir gerade das als ein Zeichen besonderer politischer Fortgeschrittenheit des deutschen Staatswesens betrachten? —

Sozialdemokratie und Feldgrau.

I.

Der Weltkrieg hat alle vorher angestellten Vermutungen und Berechnungen über den Ausgang genommen. Es kam so ziemlich alles anders, wie man dachte. Massen sind unter die Fahnen gelaufen worden, von denen man sich im Frieden gar keine rechte Vorstellung machen konnte. Gerade dieses, alle Erwartungen übertreffende Maß von Einzeichnungen ließ es erklärlich erscheinen, daß schon nach Verlauf der ersten Wochen des Krieges Klagen aus dem Felde und aus der Heimat an die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und an die Redaktionen unserer Parteiblätter kamen. Die Presse konnte sich aus nachliegenden Gründen nicht zum Tolmeisern der in es gelangten Klagen machen, die Tribüne des Reichstags war schließlich der einzige Ort, wo dem aus ein energisches Wort noch möglich war. Aber auch diese Tribüne stand nicht in gewohnter Weise zur Verfügung, denn die wenigen Sitzungen, die das Plenum des Reichstags abhielt, trugen einen mehr demonstrativen Charakter; möglichst kein Mißton sollte sie hören.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat natürlich trotzdem keinen Moment ihre Pflicht verjümt. Die Verhandlungen und zum Teil recht lebhaften Auseinandersetzungen entzogen sich freilich der Kontrolle der Öffentlichkeit. Sie wurden im Haushaltsausschuß des Reichstags geführt und es war möglich, die größten Mißstände zu beseitigen. Wenn der Krieg zu Ende ist und die Protokolle können der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, dann werden sich die Parteigenossen davon überzeugen können, daß es die Sozialdemokratie weder an Schärfe der Kritik noch an praktischen Vorschlägen, in die Form von Anfragen gestellt, hat fehlen lassen. Es ist keine Zagung des

Reichstags vorübergegangen — und sei sie auch noch so kurz gewesen —, ohne daß die sozialdemokratische Fraktion durchgekehrt hätte, daß die Militärfragen zur Verhandlung gestellt wurden. Und immer haben die von der Fraktion bestimmten Redner mit Eifer und Fleiß die Berge von Material, das der Fraktion zugegangen war, verarbeitet.

Behandlung der Mannschaften.

Die Behandlung der Soldaten war immer ein Kapitel, das bei der Beratung des Militärkabinetts eine große Rolle gespielt hat. Im Frieden hatte man es in unserm Mutterland mit Material zu tun, die Zeit zu einer organisch gegliederten, systematischen Ausbildung war gegeben, das erforderliche Ausbildungspersonal war ausreichend vorhanden und im allgemeinen seiner Aufgabe gewachsen. Mit Ausbruch des Krieges wurde das alles anders. Das militärisch nicht ausgebildete Menschenmaterial war denkbar ungleich. Neben dem kräftigen, wohlgenährten Mann aus den besseren Klassen fand der ausgemergelte Fabrikarbeiter; die Altersunterschiede waren nicht minder groß. Das Ausbildungspersonal hatte zu einem erheblichen Teile den bunten Dschel aus vier Jahren angesehen und stand infolgedessen vielfach auch vor ganz neuen Aufgaben. Dazu mußte die Ausbildung im Galopp tempo erfolgen. Alles Umfassende, das zusammenzufassen eine mehr oder minder große Zahl von Militärrufen herbeiführen mußten.

Der Mitglieder des Haushaltsausschusses und der zahlreich als Zuhörer anwesenden Abgeordneten bemächtigte sich ein hoher Grad von Empörung, als unter Redner bald nach Kriegsbeginn eine schier endlose Reihe von Militärrufen aller Art zur Sprache brachten. Unter dem Eindruck dieser Fülle von Tatsachen

erhob sich der damalige stellvertretende Kriegsminister, General von Wandel, um über die Mißhandlung von Soldaten ein Urteil zu fällen, wie es in dieser rücksichtslosen Schärfe von dieser Seite noch nie gehört wurde. Der Kriegsminister sagte ein Eingreifen sei er geübt ein und bald zeigte sich der Erfolg; die Klagen über Soldaten mißhandlungen nahmen rasch ab.

Nicht so die Klagen über Beschimpfungen. Der Ton in den Kaserne gehörte nie zu den Blüten der Kultur. Wenn in der Kaserne ein Hund oder ein Schimpfwort fällt, regt sich kein Mensch besonders darüber auf, die Hauptleute, die nur schimpfen, sind nicht immer die schlechtesten. Anders aber, wenn Leute von Unteroffizieren mit Ausdrücken belegt werden, die vielfach dem Wortschatz erotischer Zoologie entstammen. In diesem Falle kann ein Schimpfwort wie ein Keil zwischen die Fugen der Kaserne wirken; die Keilwirkung wird durch die Verweigerung der Besuche der Kaserne verstärkt. Diese, wie einer unserer Fraktionsredner sagte, gesellschaftlichen Qualereien und Mißhandlungen bilden den Gegenstand fortgesetzter scharfer Kritik, die schließlich ihren Niederschlag in dem folgenden Antrag fand:

den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, schleunigst gegen Mißhandlung und schlechte Behandlung von Soldaten mit allen Mitteln sich zu wenden und alle Beschränkungen des Wechsels der Besuche zu beseitigen.

Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, die Folge war aber doch, daß scharfe Klagen an die Truppenverbände hinausgegeben wurden, die zunächst einmal ihre Wirkung nicht verfehlten. Diese Wirkung war leider keine nachhaltige, so daß schließlich ein sozialdemokratischer Redner dem Kriegsminister verlangte, daß er einmal von der Tribüne des Reichstags herab gegen diesen Mißstand auftreten solle. Der Kriegsminister

Stein folgte dieser Anregung. In der Sitzung vom 4. Mai 1917 sagte er:

Sie können überzeugt sein, meine Herren, daß ich in dieser Sache vollständig gegen jeden Vor gehen und vor keiner Verlesung haltmachen werde, die sich etwas ausdenken kommen läßt. Ich habe seit der jüngsten Zeit meines Soldatenlebens auf diese Mängel immer nur mit einer gewissen Verachtung gesehen; denn ich halte es für unwürdig, denjenigen, der durch seine Lage ohnehin der schwächere Teil ist, irgendwie zu verwegentlichen.

Man darf annehmen, daß diese kräftigen Worte vielleicht doch etwas mehr Beachtung finden, als die Fälle von Erschlagen, die vielfach kaum aufmerksam gelesen, jedenfalls nicht so befolgt wurden, wie man das hätte erwarten müssen.

Verpflegung.

In den ersten Monaten des Krieges waren Klagen über die Verpflegung selten. Soweit sie sich darauf bezogen, daß der kämpfenden Truppe öfter die Eportionen nicht rechtzeitig zugeführt werden konnten, hing das mit Umständen zusammen die sich nicht ändern ließen. Im allgemeinen konnte damals noch aus dem vollen Geschöpf werden; dazu kamen die Viebzugabepaare aus der Heimat, die allerdings nicht immer in den Besitz dieser gekommen sind, für die sie bestimmt waren.

Im zweiten Jahre waren die Klagen schon zahlreicher und bedenklicher. Sie gingen im allgemeinen dahin, daß die Soldaten vielfach Inne gehalten werden, während die Offiziere einen guten Tag leben. Dagegen anzukämpfen, war Pflicht, denn die Kriegsverpflegung vorwärts führt nur mit einer gleichen Verpflegung für Mann und Offizier. Daran läßt man noch einen Tag an sichhalten müssen. Wenn der Krieg vorbei ist, wird über dieses Kapitel manches zu sagen sein, was heute aus naheliegenden Gründen unterbleiben muß.

Besonders häuften sich die Klagen über mangelnde Verpflegung in der Heimat. Die Sozialdemokraten beantragten deshalb schon im August 1916 und dann wieder im Dezember 1916, das Verpflegungsgeld für alle Mannschaften und Unteroffiziere auf 1,20 Mark zu erhöhen. Damit waren natürlich die von der Truppe selbst verpflegten Unteroffiziere und Mannschaften gemeint. Die Anträge wurden angenommen.

Die auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften und Unteroffiziere erhielten seit 25. September 1916 ein Verpflegungsgeld von 1,50 Mark pro Tag, eine Summe, die namentlich in den Großstädten und bei der fortgesetzt steigenden Teuerung auch nicht entfernt mehr ausreicht, die Kosten des Lebensunterhalts zu bestreiten. Im Oktober 1916 beantragten die Sozialdemokraten:

„Das Verpflegungsgeld der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften auf 2,50 Mark zu setzen.“

Der Antrag wurde abgelehnt, dafür aber folgende Resolution angenommen:

„den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, das Verpflegungsgeld der aus dienstlichen Gründen auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften entsprechend den verteuerten Lebensmittel zu gestalten.“

Das Verpflegungsgeld ist dann für Selbstverpfleger auf 2 Mark pro Tag festgesetzt worden, mit der Maßgabe, daß auch die Kleiber — mit Ausnahme der Sonntagskleiber und der zu Breuden des Erwerbs im niedrigen Betrieb beurlaubten Mannschaften — Anspruch auf dieses Verpflegungsgeld haben, das ihnen bei Eintritt des Urlaubs auszusprechen ist.

Die Klagen über nicht ausreichende Verpflegung mehren sich, weshalb die Sozialdemokraten im März 1916 beantragten:

„Schleunigst in Erwägung darüber einzutreten, wie die Verpflegungsverhältnisse der Truppen gleichmäßig gut ge-

halten werden können. An Stelle des Brotgeldes soll den Mannschaften grundsätzlich die in der Verpflegungsverordnung festgesetzte Proportion geliefert werden.“

Der Inhalt des Antrags hätte eine ganz besondere Bedeutung. Bei vielen Truppenteilen ging man nämlich dazu über, den Mannschaften weniger Brot und ihnen dafür für nicht-gelieferte 500 Gramm Brot 10 Pfennig Entschädigung zu geben. Bei den Start in die Höhe steigenden Brotpreisen waren viele 10 Pfennig natürlich keine ausreichende Entschädigung, ganz abgesehen davon, daß die Soldaten, mangels Brotarten, gar nicht in der Lage waren, sich Brot kaufen zu können. Wir forderten, daß den Soldaten — soweit sie nicht außer Verpflegung stehen — das Brot grundsätzlich zu liefern ist. Der Antrag wurde abgelehnt.

Schließlich kamen noch neue Klagen, besonders darüber, daß die Kontrolle der Mannschafts-Verpflegung wenig oder gar nicht geübt wird, und daß sehr häufig die Unteroffiziere eine besondere Rücksicht führen, in die nicht der höchstetste Teil der vom Magazin gelieferten Lebensmittel wandert. Das gab den Anlaß, im Oktober 1916 folgenden Antrag zu stellen:

„Für den Erfolg und die Durchführung von Vorarbeiten sorgen zu wollen, durch welche die besonders ständigen für Unteroffiziere verborgen werden.“

In jeder Kompanie ist den Mannschaften ständlich durch Anschlag mitzuteilen, welche Rationen ihnen jeweils zugehen.

Für jede Kompanie, Eskadron oder Batterie ist eine Reuegellemission einzusetzen, in der auch die Mannschaften vertreten sind. Die Kommissionen haben allwöchentlich unter dem Vorsitz eines Offiziers zusammenzutreten und den Verlauf der Verpflegung zu besprechen.

Dieser Antrag fand eine Mehrheit.

Was der Krieg bringt.

28000 Tonnen.

Amlich wird unter dem 23. Juni mitgeteilt, daß im Atlantischen Ozean neuerdings 28000 Tonnen versenkt worden sind. Unter den versenkten Dampfern befanden sich ein englischer Hilfskreuzer, der am 14. Juni früh morgens versenkt wurde, ein großer englischer bewaffneter Dampfer und ein unbekannter englischer Frachtdampfer von etwa 4500 Tonnen.

Der Seekrieg.

Verseht. Das norwegische Ministerium des Meeres teilt mit, daß der Dampfer „Svind“ am 19. Juni 2 Meilen von der spanischen Küste versenkt worden ist. Die Besatzung ist in Afrika gelangt. Das Dampfschiff „Konst“ ist in der Nordsee versenkt worden. Die Besatzung von zwölf Mann ist in der Nähe von Hartlepool gelandet. Der Dampfer „Gir“ von Lönby ist am 20. Juni von einem U-Boot an der Westküste Nordafrikas versenkt worden. Die dänische Raub „Vogel“ wurde auf der Reise von Grönland nach Dänemark von einem U-Boot versenkt, die Besatzung gerettet und in Bergen gelandet. Der dänische Dampfer „Jung“ wurde auf der Reise von England nach Dänemark mit einer Kohlenladung in der Nordsee versenkt. Nach einer Meldung des Corriere della Sera sind die Mannschaften der beiden im Mittelmeer durch Tauchboote versenkten japanischen Ozeandampfer „Europa Maru“ und „Sando Maru“ in Neapel eingetroffen.

Die Duma aufgelöst.

Nach offiziellen Meldungen aus Petersburg erweiterte am Sonnabend der Kongreß aller Soldaten- und Arbeitervertreter den Kongreß vor Beendigung der Kriegszeit die Frage der Auflösung der Duma und des Reichstages. Nach langen Beratungen nahm der Kongreß eine von den Minimalisten vorgeschlagene Entschließung an, die besagt, daß Duma und Reichstag aufgelöst, die Abgeordnetenmandate für ungültig erklärt und die für den Unterhalt dier Einrichtungen genährten Kredite aufgehoben werden sollen. Die Duma war ein „Parlament“, das man am besten mit dem preussischen Dreiklassenhaus vergleichen muß.

Die Vertreterversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland hat ferner mit 543 gegen 126 Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Erstens: In Erwägung, daß in der jetzigen Lage die Vereinigung der ganzen Macht in den Händen des Bürgertums allein ein tödlicher Schlag für die Sache der Revolution gewesen wäre, und daß andererseits die Übertragung der ganzen Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte die revolutionären Kräfte erheblich geschwächt haben würde, billigt die Versammlung die Schaffung der Koalitions-Regierung.

Zweitens: Die Versammlung erkennt die Erklärungen der sozialistischen Minister über die allgemeine Politik der Regierung als zufriedenstellend an und billigt sie.

Drittens: Die Versammlung fordert die einstweilige Regierung auf, ihr politisches Programm kräftig zu verwirklichen, namentlich nach einem allgemeinen Frieden ohne Gebietsablieferungen und Entschädigungen zu streben auf der Grundlage des Rechtes der Völker, sich selbst ihre politische Zukunft zu bauen; ferner die Cambridgeiten im Weltweide und der Volkswirtschaft zu befähigen, kräftig gegen alle Versuche einer Gegenrevolution vorzugehen, baldigst ein Landgesetz und ein

Arbeitergesetz vorzulegen, die Forderungen der arbeitenden Klassen zu erfüllen, die Ordnung der örtlichen Verwaltungen neu aufzubauen und Selbstverwaltung in den Gemeinden und Städten einzuführen, wo sie noch nicht besteht.

Viertens: Die Versammlung fordert baldmöglichst den Zutritt der verfassunggebenden Versammlung.

Fünftens: Für den Tag der glücklichen Durchführung vorstehenden Programms ein einziges Organ der ganzen organisierten russischen Demokratie, das auch Vertreter der Bauern umfassen müßte, und dem die sozialistischen Minister für die ganze äußere und innere Politik verantwortlich sein müßten.“

Nach französischer Meldung soll über Petersburg das Kriegsgesetz verhängt worden sein. Grund: Die Empörung der Bewohner des Wlborger Stadteiles gegen Anordnungen der Regierung. Es kommen ferner Meldungen von Gärung in der Schwarzmeerflotte. Die Kosaken, an die sich die Imperialisten Gutschikow und Prokofjow angeschlossen haben, sollen beschließen haben, für russische Eroberungsziele sich einzusetzen zu wollen.

Alle Meldungen dieser Art lauten traurig und vernorren. Man kann darauf keine politischen Schlüsse tun und muß abwarten, bis ein festeres Urteil möglich ist.

Draußen und drinnen.

In der Sonntagnummer des „Vorwärts“ berichtet Scheidemann über die Lage, wie er sie in Stockholm fand und wie er sie jetzt in der Heimat wiederfindet. In Stockholm mußte er wahrheitsgemäß erklären, daß die „Freiheit“, die jetzt in Frankreich, England und Amerika herrscht, uns nicht imponiert und jenen kein Recht gibt, den Kongreß der Demokraten gegen das unreine Deutschland zu predigen. Hier oder sucht sich die Reaktion dieser Feststellungen zu bemächtigen, um ihren Widerstand gegen jeden Fortschritt zu begründen. Viele Rückwärtsfahrer haben ja immer einen Vorwand, um ihren Widerwillen gegen das Vorwärtskommen zu bemanteln. Ist alles ruhig, dann braucht man nicht zu reformieren, weil offenbar kein Bedürfnis dafür bestehe. Regt sich das Volk und fordert seine Rechte, dann wird die Regierung sofort gemacht, daß sie sich nichts dürfe abtrotzen lassen. Während des Krieges soll für Reformen keine Zeit sein, und nach dem Kriege sollen wieder die Sorgen um den Wiederaufbau und die Verlorung der Kriegesopfer die Demokratisierung in den Hintergrund drängen.

Diesen ewigen Vorwänden der Reaktion gegenüber betont Scheidemann die Notwendigkeit, jetzt tiefgreifende, weit sichtbare Reformen unserer innern Staatslebens vorzunehmen. Nicht den Feinden zuliebe, welche diese Forderung erst aufgreifen haben, als sie haben, daß die in Deutschland längst verheißene Neuorientierung nicht Rat werden sollte, und die alles, was es gesehen wird, doch für Schein und Schwindel erklären werden. Sondern unsern leider auch so seltenen Freunden da draußen zuliebe und vor allem uns selbst zum Nutzen. Freiheit stärkt Deutschlands Widerstandskraft. Alle deutsche Spruchweisheit lehrt uns schon, daß kein Schwert schärfer scheidet, als das, das für die Freiheit steht. Dem deutschen Volk unsere Freiheit geben, heißt seine Freiheit von außen her unangreifbar machen. Und obendrein schlagen wir der gegenwärtigen Kriegshebe ein sehr brauchbares Werkzeug aus der Hand, wenn wir uns demokratisieren, und bekommen dadurch ein gutes Gewissen, daß wir nichts, aber auch gar nichts unterlassen haben, was die Friedensströmung verstärken könnte.

Wir müssen leider trotz Stockholm — wie Scheidemann gefehlt — den vierten Kriegswinter fürchten. Ihn, wenn möglich, in Ehren zu vermeiden, ist unsere höchste Pflicht, und ein Mittel dazu, wenn auch ganz gewiß kein unfehlbares, ist die Demokratisierung. Wissen wir ihn aber aus uns nehmen, dann ist die sicherste Mittel, und hierin ganz gewiß unfehlbar, daß wir uns der feindlichen Zerstückelungsgefühle mit Ehren und Ausdauer erwehren.

Die Unabhängigen in Stockholm.

Als Vertreter der unabhängigen deutschen Sozialdemokratie hat Haage, Bernstein, Herzfeld, Stadler, Hagen und Kaustky in Stockholm eingetroffen.

Spät kommen die Vertreter der Unabhängigen nach Stockholm. Sie haben ihre Reise mehrfach hinausgeschoben und der Öffentlichkeit gegenüber dafür nur die Erklärung gegeben, daß dies weiter infolge von Passchwierigkeiten, noch aus verläßlichen Gründen geschehen sei, sondern nur aus politischen Rücksichten. Darunter kann man sich vielerlei und nichts denken; ein offenes Wort über die Gründe der Zögerens wäre wohl besser am Platze gewesen als dieses Stück Geheimdiplomatie.

Haage hat vor der Abreise noch dem Berliner Vertreter eines bürgerlichen Blattes in Budapest sein Herz ausgesprochen. Stockholm werde sicher „irgendwelches“ England haben, und niemand könne ihm verbieten, den Engländer Macdonald freundlich zu begrüßen und sich mit ihm zu unterhalten. Macdonald hat freilich vor seiner Abreise aus England die Verpflichtung unterzeichnet müssen, mit dem Feinde weder direkt noch indirekt zu verkehren, aber vielleicht macht die englische Regierung mit Haage eine Ausnahme. Der Friede ist nach Haages Meinung leider in weite Ferne gerückt, weil die deutsche Regierung den richtigen Zeitpunkt verpaßt habe. Wann der war, sagt Haage nicht. Oesterreich-Ungarn wolle ehrlieh den Frieden, in Deutschland trieben die Altschulischen noch immer ihr Spiel.

Das alles sind Weisheitswörter. Die Hauptfrage ist, was die Haage-Gruppe an Friedensvorschlügen mitbringt. Wird sie z. B. die Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen fordern, ohne sie zugleich für Finnland und Irland zu verlangen? Oder wird sie darüber ganz schweigen? Jetzt müssen die Unabhängigen zeigen, was sie für den Frieden tun können. Bisher haben sie die Friedensarbeit nur gestört. Jedes Friedensangebot der deutschen Regierung haben sie vor dem Ausland als unehrlich entwertet. Jede Friedensbemühung der deutschen Sozialdemokratie haben sie durch die Behauptung zu durchqueren gesucht, daß Scheidemann und David nur Sprachrohre des Kongresses seien. Mit mander unvorsichtiger Äußerung über Deutschlands Widerstandskraft haben sie den Bemühungen der schärfsten Kriegsbeher im Ausland — gewiß wider Willen — Ermunterung zugeführt. Noch während die Delegation der deutschen Sozialdemokratie in Stockholm war, haben sie „Entschuldigungen“ angebracht, die zeigen sollten, daß unser Friedenswille nicht ehrliehem eigenem Streben, sondern nur der Not entspringt sein.

Diese fortwährende Schwächung des Friedenswerks können die Unabhängigen nur dann rechtfertigen, wenn sie jetzt selbst eine große Leistung für den Frieden vollbringen und der Welt beweisen, daß sie wenigstens mit Macdonald und Longuet, der englischen und französischen Widerpart, sich über die Friedensbedingungen rasch und reiflos einig machen können, ohne dabei die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands zu opfern. Geschimpft und kritisiert haben die Unabhängigen genug. Wir warten jetzt gelassen ab, wie sie es besser machen werden.

Die „Friedenspolitik“ der Unabhängigen.

Die Wünderzeitung hält sich für verpflichtet, ihrer geistigen Nährmutter in Leipzig zwei Artikel nachzubringen, mit denen an der Hand vorzüglicher Belegungen aus internen Fraktionsunterlagen bewiesen werden soll, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Wirklichkeit gar nicht noch Frieden strebe, im Gegenteil immer wieder alles getan habe, um die angebliche Kriegs- und Eroberungsjucht der deutschen Regierung aufs kräftigste zu unterstützen. Das ist nun zweifellos ein außerordentlich lohnendes Vergnügen, grade für untreue „Unabhängigen“. Denn sie, die doch den wahren Sozialismus sojagten in Gebraut genommen haben und sich als die alleinigen Friedensfreunde gerieren, sie fallen eigentlich trotz allem Eifer so viel gefälliger Erleuchtung besitzen, daß sie sich sagen müßten: Selbst wenn alles das gethan wäre ist, dann dürfen wir es doch nicht hinanspinnen, weil damit die Ententeemächte nur Agitationsmaterial in die Hände bekämen, um die eigenen Wölfer weiter in den Krieg zu heben, und so der Frieden noch weiter hinausgezögert wird. Das müßte sie sich eigentlich gerade jetzt um so mehr sagen, als zum erstenmal seit nunmehr drei langen, schweren Kriegsjahren wieder so etwas wie eine internationale Verständigung zwischen dem internationalen Proletariat herbeigeführt wird und anderseits neue, grausige Opfer an den kämpfenden Fronten unmittelbar bevorziehen. Aber das ist nun schon so: Man hat sich nun einmal bewogen gefühlt, als alleinige machende Partei aufzutreten, und da muß man idon gegen die angeblich Unwürdigen, die Internen, Regierungssozialisten e tutti quanti mit allen verfügbaren Mitteln auftreten, sei es selbst auf die Gefahr hin, sich selbst und seinen Prinzipien damit direkt ins Gesicht zu schlagen.

Inbes: wenn nur die Sache wenigstens richtig wäre! Aber das tut sie eben nicht, vielmehr wird da ein Weg auf den Tisch gestellt, das seinen Zweck, wenn es sich um leitende Führung dreht, unerschlar einen Prozeß wegen Nahrungsmitteleichung und Giftmischerei an den Hals bringen würde. Denn erstens jünnen die Belegungen nur zum Teil, zweitens sind sie ganz aus dem Zusammenhang gerissen, drittens haben sie einen ganz andern Grund und Zweck als die angegebenen, viertens aber — und das ist die Hauptsache — ist ja zur Beurteilung unserer Haltung nicht maßgebend, was dieser oder jener in vertraulichen Sitzungen gesagt hat, sondern allein das, was die Fraktion durch ihre Redner oder Beschäftigte vor aller Öffentlichkeit hat vertreten lassen.

Aber den ersten und zweiten dieser untreu Entwürde sei später etwas gesagt, sobald nähere Erklärungen darüber vorliegen. Um so mehr sei aber auf den dritten und vierten eingegangen.

Jenes politische Erfakmittel-Magazin behauptet, jomohl einzelne Redner der Fraktion wie die Fraktion selbst hätten sich fortgesetzt gegen das Beitreten der Wünderzeitung gewendet, die Regierung zu klaren Erklärungen über ihre Friedensgenetigkeit und ihre Friedensbedingungen zu drängen. Das ist nun schon richtig, nur ist das nicht etwa deshalb geschehen, weil die Fraktion angebliche Friedensabnegungen und Eroberungsabsichten der Regierung unterstützen wollte, wie jenes Magazin in freundlicher Weise unterstellt, sondern weil 1. die so vielen Erklärungen zu ermarnten Debatten gewissen Streifen die beste Gelegenheit zur Verkundigung weitestgehender Eroberungsziele gegeben hätte, 2. dahingehende unzeitigere Erklärungen nur so leicht im feindlichen Ausland dann aufgeföhrt werden könnten, als ob Deutschland am Ende seiner Kraft sei, also um Frieden winseln müße, und heides den Kriegswillen der Gegner nur von neuem geföhrt, somit den Frieden noch weiter hin, ausgezögert, hätte.

Ein Beweis für die Richtigkeit dieses Einwand es ist ja auch in jenen beiden Artikeln selbst enthalten, denn, an einer Stelle wird ganz richtig gesagt, daß sich Scheidemann deshalb gegen eine Eröterung der Friedensfrage im Reichstag gewendet hätte, „weil damit nur die Innenpolitiken auf den Plan gerufen und die Kriegsgegner Deutschlands daraus Ermutung schöpfer würden“. Und von ähnlichen Argumenten ist dann öfters noch die Rede. Zudem liefert auch die Leipziger Volkszeitung, selbst ohne einen Beweis. Sie wendet sich dagegen, daß der „Vorwärts“ von Halle behauptet hätte, auch dieser habe sich im Mai 1915 gegen eine Friedensinterpellation gewendet. Diese Tatsache an sich ist zwar richtig, aber sie wäre nicht in Vergleich zu stellen mit der Haltung der Regierungssozialisten. Und warum?

In der Fraktionsitzung vom 17. Mai 1915 beantragte doch, eine Friedensinterpellation einzubringen. Genosse Dörmann als Fraktionsvorsitzender berichtete, daß der Reichstagspräsident auf die Kritik in Italien — Italien jand unmittelbar vor der Kriegserklärung an Österreich — seine politische Rede bis zum 26. oder 27. Mai hinausziehen wollte; er fügte hinzu, daß er von der Einbringung einer Friedensinterpellation in diesem Augenblick abrate, man hätte sie jagen sollen im Dezember 1914 oder im März 1915 einbringen. Gerade jetzt aber sollte sie in Italien als bestellte Arbeit mitlen, den Anfeindern erweisen, als läge den Deutschen das Messer an der Gurgel. Dadurch könnte sie geradezu die Kriegserklärung Italiens bestärken und zur Beschleunigung der Kriegslage beitragen. Es wäre deshalb geschickter, mit der Friedensinterpellation zu warten, bis die Entscheidung in Italien gefallen sei.

Das ist natürlich die beste Sache, wie bei der Fraktionsmehrheit, nur will die Leipziger Nährmutter des wahren Sozialismus etwas anders glauben können, jntendieren es ihr so gar nicht in den Arm packt. Zu allem Unglück jostiert es ihr aber, daß sie in ihrem Hochschwungselber hinterher noch erklärt: Dieser Vorgang beweise lediglich, daß der Genosse Dörmann nicht, wie die Regierungssozialisten so oft jagen, die Verneinungspolitik treibt, daß er vielmehr volkennützigen der politischen Situation in Rechnung zu tragen weiß. Wehe wie Maßnahme auf „Vorkennlichkeiten der politischen Situation“ hat die Fraktionsmehrheit auch nicht getrieben. Und daß sich davon die Unabhängigen so ganz und gar nicht leiten lassen, vielmehr um eines prinzipiellen Spornes willen mit dem Kopfe durch die Wand wollen, sei es auch auf die Gefahr hin, damit alles andre, Wertvollere zu geröhren, — das ist ja eben der Hauptvorwurf, den man ihnen immer wieder zu machen hat und der sie von uns grundsätzlöh jcheidet.

Die Friedenspolitik der Fraktion schließlich in ihren maßgebenden Belegungen ist so sehr wülig unjandwöhrl, daß die Anführung angeblich entgegengejöhrender Meinungsäußerungen einzelner absolut nichts daran abzuwischen vermag. Warberaus nur die maßgebenden Erklärungen während der letzten anderthalb Jahre kurz Revue passieren zu lassen, um das jostet zu erkennen.

Am 11. Oktober 1916 erklärte Genosse David im Reichstag, nachdem er gesagt hätte, daß alles vermeiden werden müße, was den Kriegstreibern der Entente das Gesicht erleuchten könnte:

Es ist deshalb unsere ernste Pflicht, vor aller Welt Klarheit darüber zu schaffen, daß wir keinen Eroberungs-Erzög jöhren. Diese Klarstellung ist wichtig für die Widerstandskraft unserer eigenen Volkes, für seinen entschloßenen Willen, auszuharren in der Verteidigung seiner Lebensinteressen.

Um die Fraktion erklärte kurz danach, am 27. Oktober, unter Hinweis auf die Tatsache, daß das deutsche Friedensangebot von der Entente jngwischen jchroß zurückgewiesen worden war:

„Na, Bruder, man hat Dich ja lange nicht gesehen!“
„Bist also von Bileparis jura, Soube?“
„Geht's Krjn Klip gut?“
„Und was macht die Stute?“
„Und die Moneten?“
„Wie steht's, Rümchen? Noch nicht beloffen?“
„Kommst du mit nach La Soupe?“
„Vielleicht.“
„Du spielst doch eine Partie mit?“
„Wirklich nicht, geliebter Kerl?“
„Birst wohl erwarteter?“
„Ja und nein.“
„Wo?“
„Nah, Soube Floß!“
„Bei seinem Alter!“
„Er braucht eine wallonische Kose, der Dummauser!“
„Ich sicher hat er schon eine!“
„Ach dem Keller tauchte eine Wratrone auf, die eine Platte mit jchäumenden Bierkrigen vor sich her trug.“
Ein Lachen zog ihr den Mund bis zu den Ohren.
„Soube, he! Mach Dir's bequem, liebster Junge!“
„Ein Glas, Stist!“
Sie bediente ihn. Er leerte den Schoppen auf einen Zug. Doch hielt er sich im „Gehen“ nicht auf. Nachdem er sich im Hofe gegen die Regentonne erleichtert hatte, ging er einen Sprung weiter zu Gobittabois, zum „Montag“.
Auf der von Bierbaum flebrigen Marmorplatte des Schantisches standen Reiben von Gläsern. Er warf einen gekreuzten Blick auf die vielstärkeren Reflektierbilder, die die Wände schmückten. Kein Mensch ließ sich sehen. Müßig betrachtete er das Lager „aller Sorten von Waren“: Manufaktur-, Eisen- und Kurzwaren, künstlichen Düggemitteln und so weiter, die hier zu haben waren.
Endlich näherte sich hinten aus dem Garten die Laden-

Indem wir wiederum den Genossen, bestanden, in der Verteidigung der Lebensinteressen unseres Landes auszuhalten, jöhnen wir erneut darüber, jngausgehende Frageziele a. l. Von der Regierung aber ermarnten wir, daß sie nicht verabsäumt, um zu einem baldigen Frieden zu gelangen, der die Lebensinteressen auch der armenen Völker aufheit und internationale Beziehungen anhebt, durch die die Kulturvoller vor dem Unheil neuer Kriege bewahrt werden.

Schließlich ließ es in der Fraktionserklärung vom 23. Februar 1917, so jostet wurde:

Mit der gleichen Entschloßtheit, mit der wir uns zur Verteidigung unseres Landes betennen, bringen wir aber auch heute wieder unter Friedensbereitschaft um Ausland. Wir ermarnten, daß auch die Reichsleitung unbedeutend jostet auf der in ihrer Rolle vom 12. Dezember 1916 beendeten Friedensgenetigkeit und joberzeit bereit bleibt, in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziel eines Friedens, der die Lebensrechte aller Völker aufheit und darum die Gewähr der Dauer in sich birgt.

Am 27. Februar sprach auch Scheidemann frei und offen aus, warum die Fraktion am 12. Dezember 1916 gegen eine Debatte über die banalste, bekannte Rede des Reichstagslers gemüht hat. Er jogte:

Wir wissen, daß es nicht unsere Gewohnheit ist, eine Debatte vorzeitig zum Abbruch zu bringen, und daß es am wenigsten in unserm Fall liegt, Regierungserklärungen unbenannt wortet hinzunehmen. Aber, meine Herren, wir glauben, damals in einer ganz besonderen Situation so handeln zu müssen, wie wir gebandelt haben, weil wir, ganz öfters herausgehoben, die Verantwortung hatten, daß durch unjunge Verhandlungen von einer bestimmten Stelle dieses Hauses kein genuetlicher Regierung eine gar zu bequeme Möglichkeit geboten worden wäre, das Friedensangebot Deutschlands abzulehnen.

Damit vergleiche man, was jenes Magazin der Unabhängigen aus dieser Haltung machen möchte, und man wird jostet die geradezu kindische Demagogie erkennen, die darin liegt.

Zunächst aber betonte auch Scheidemann wieder, unter Bezugnahme auf die damaligen Friedensabnegungen des jngwischen abgegangenen ungarischen Ministerpräsidenten:

Wir jünnen dem Grafen Tiza zu, daß der Krieg nicht eine Minute länger dauern darf, als auf die Rettung unseres Landes und zur Sicherung unserer Erziehung notwendig ist.

Als schließlich die russische Revolution losbrechen konnte, da verlangte Roste am 28. März:

Meine Herren, falls die Stimmung in Rußland für die rasche Beendigung eines ehrenvollen Friedens so weit mächtig, daß sie für die Verhandlungen der neuen russischen Regierung bestimmend werden, jaderen wir Sozialdemokraten von der deutschen Regierung, daß sie nichts unternimmt, was die Beendigung eines ehrenvollen, dauernden Friedens mit dem großen Nachbervolk im Osten erschwärt. . .

Und gleich am andern Tage betonte das David nochmals, indem er unter Berufung auf das Wodsen der Friedensströmung in Rußland jogte:

Darum entspringt der deutschen Regierung die Aufgabe, alles zu vermeiden, was der Kriegseröterung in Rußland Vorjuch erleichtern kann, und alles zu tun, was die Friedensströmung stärkt.

Zur füge er jostet hinzu, die Sozialdemokraten setzten doraus,

daß diese Bereitschaftserklärung zum Frieden sich nicht eine nur auf Rußland allein bezieht, sondern daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt vom 12. Dezember 1916 in bezug auf die Friedensbereitschaft nach allen Seiten hin beibehalten wird.

Schließlich jostete am 15. Mai 1917 die große Versammlung Scheidemanns mit unjeren Anjngewissen, bei der er auch seinen Zweifel an unjeren ersten Friedenswünschen ließ. So jief er jöhnen jöhnen zu, daß sie nun deshalb den Mund so weit aufweisen, weil sie mit Frauen an die jürstbare Eröterung dächten.

Notes Flamenblut.

Roman von Pierre Broodcoorens.

Einige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlaf. (1. Fortsetzung.)

In den mit großen Beeten von Stangenbohnen und Hopfen überfüllten Gärten saßen, friedlöh rauhend und die Hände um die einwärts gebogenen Knie gefaltet, auf ausgedehnten Baumstümpfen die Bauern. In mittrauischem Schweigen pressten sie hartnäckig ihre geschwärtzen Jahnstummel auf das verräucherte Mundwerk ihrer Feienden, an dem sie jpeidelnö jogen. In die regungslose Luft flieg der Qualm ferngeratene wie Weißbraun in der Kirche. Hinter den Aneiben aber erhob sich ein Getöse. Gejöhle begrüßte das Donnern der Segel, die unter dem gewüßigen Burse der Kugel zusammenjolteten.

Der Mann wurde fröhlich. Er trat ein. Im Wirtshaus „Zum Hasen“, bei Leo de Hoogh, spielten ein Duzend Burden ums Bier, den weichen Föh im Genick, die Gejöhter schon von dem frischen Hopfenkraut, den sie hinunterjöhren, belebt. Und sie fanden beugt über die grauen Steinplatten, die rechte Hand vorgestreckt, die linke flach an dem nach rückwärts gebildeten Schenkel. Ein Kreis hatte sich gebildet, eng um das Ziel gedrängt. Die Hölle redeten sich, aufmerksam verfolgten die Augen das geschickte Werfen der Kupfermünzen.

„Hallo, Floß!“ rief einer der Burden bergnügt. Gleichzeitig wandten sich alle Gesichter dem Ankömmeling zu.

„Ja, wahrhaftig! Soube ist da!“ Einige von den Bauern lösten sich von der Gruppe ab, kamen zu ihm hin und streckten ihm die groben Hände entgegen. Man drückte ihm die Hände, schlug ihm freundschaftlöh auf die Schulter. Und gutmütig wie er war, ließ er sich nachsichtig lächelnd diese zu stürmische Handgreiflichkeit und lästige Geschwätzigkeit gefallen.

inhobert; die blaue Schürze auf ihrem Bauch, gebauht durch die Stofflöcher, die sie darin trug.

Zum Spah schalt er sie aus, trant ein Glas, wechselte mit ihr ein paar gleichgültige Worte und brach wieder auf.

Das Land dehnte sich, nalt und öde, ohne daß ein Haus weit und breit die trostlose Eintönigkeit der Felderbede unterbrach. Aber die Landstraße war jost belebt von Menschen; truppweise nahmen sie die ganze Breite in Anspruch. Abwärts gingen flüsternde Bärden jährlöh untergejagt.

Bei einer Wegbiegung veränderte sich die Landschaft. Niesige Buchen standen jetzt, langs dem steilen Auf und Ab der Landstraße, in zwei gleichlaufenden Reihen. Alle neigten sich unter dem beherrschenden Anjurm der Bestühnen nach derselben Seite.

Eine weite Aussicht bot sich. Sie verjoham am Horizont in dem satt perlmutterfarbenen Himmel. Die endlose Ebene erschien im Glanz der untergehenden Sonne wie ein Meer. In bleider Ferne tauchten aus grünen Baumkuppen Kirchtürme auf. Und Floß hätte in dem endlosen Ocean, der sich vor seinen Blicks breitete, Engböen, Seilines, und dort unten, an den Ufern der Dendre, wo sich die Umröhre in der Tiefe verjoheten, sich erkennen können.

Aber er hatte keine Empfindung dafür. Er ging den Wallfahrtswege. Die Stationen folgten in immer kürzeren Abständen, bis sie eng bejammen standen um die rote Backsteinkirche von La Soupe, die der schiefergedekte Turm überragte.

Stöhnweise trug der Wind Rärm, Wratendunst und Staub herüber. Gestampfe mächtete sich in das überhörte Gefröhle des Draßeltrons. Jnweilen verjohlangen Gebrüll und Gelächter dies Mähgetön. Nun jing eine Karussellglode an zu bimmeln.

(Fortsetzung folgt.)

